

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
177 · Ausgabe BE · August 2018



Ein Kanton auf dem Abstellgleis

MIT DEN GEPLANTEN STEUERSENKUNGEN FÜR GROSSKONZERNE ERHOFFEN SICH DIE BERNER BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG. DABEI IST GENAU DIESE IDEE ANDERNORTS BEREITS GESCHEITERT. DER PRÄSIDENT DER SP KANTON LUZERN BLICKT AUF DIE AUSWÜCHSE DES STEUERDUMPINGS IN SEINEM KANTON, DIE BERN MIT DEM GEPLANTEN STEUERGESETZ EBENFALLS DROHEN.

David Roth,
Präsident
SP Kanton Luzern



Vielleicht kennt ihr Comical Ali. Das war der Propagandaminister von Saddam Hussein. Er erhielt belustigende Berühmtheit, weil er selbst als amerikanische Panzer bereits in Bagdad waren und Gefechtslärm im Hintergrund zu hören war, davon erzählte, dass die Amerikaner reihenweise fliehen und vom irakischen Militär ins Meer geworfen würden.

In Luzern erzählen die fünf Regierungsräte, dass die Tiefsteuerstrategie funktioniert und es nur noch ein wenig Geduld brauche. In ihrem Rücken kann der Kanton selbst grundlegende Aufgaben nicht mehr gewährleisten.

Geduld fordert die Luzerner Regierung immer wieder. Es ist aber genau das, was sie den Empfängern von öffentlichen Geldern nicht entgegenbringt. Im Gegenteil. Seit 2011 wurde jedes Jahr ein Abbaupaket geschnürt.

Und jedes Jahr wird seither von neuem die Hoffnung geschürt, dass es bald besser werde. Ausdruck davon ist die jährliche

Fehleinschätzung der Steuereinnahmen bei juristischen Personen. Die Planzahlen lagen zwischen 2011 und 2017 durchschnittlich 15 % zu hoch. Und dies, obwohl sie jedes Jahr nach unten korrigiert wurden. Ansonsten kennen wir ja eher die umgekehrte Situation, nämlich dass bürgerliche Regierungen die Einnahmen knapp budgetieren, um Abbaupakete zu begründen.

Wenn man ehrlich an eine Tiefsteuerstrategie glauben würde, dann würde man sie ausserhalb des regulären Budgets finanzieren. Man sähe sie als Investition über ein Jahrzehnt hinaus. Wer kein Vertrauen in die eigene Strategie hat, der finanziert sie via Leistungsabbau. Wobei, für einige dürfte das die eigentliche Strategie gewesen sein. Und die Resultate dieser Strategie resp. -losigkeit sind für viele Menschen in Luzern fatal.

■ Heimen für Menschen mit einer Behinderung wurden die Mittel immer wieder reduziert, Reserven, die sie angelegt haben, wurden zurückgeführt. Eltern von Kindern mit einer Behinderung wurden die Entlastungstage mehr als halbiert.

■ Bei der Prämienverbilligung wurde fast schon jährlich gekürzt. Was der Bund an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stellte, wurde beim kantonalen Budget gekürzt und finanzierte somit indirekt die Steuergeschenke an Unternehmen. Das führte gar so weit, dass letztes Jahr 8000 Personen die bereits erhaltene Prämienverbilligung wieder zurückerhalten mussten.

■ Bei den Vorkehrungen zur Vermeidung von Naturgefahren fehlen die Mittel. Viele Projekte stehen still, weil das Personal fehlt, um diese voranzutreiben, oder weil das Geld fehlt, diese umzusetzen.

■ In einem Jahr mussten gar die kantonalen Schulen eine Woche lang geschlossen werden, um damit noch die fehlenden 8 Millionen Franken zusammenzukratzen.

■ Das Personal wurde in fast jeder Abbaurunde in aller Selbstverständlichkeit zur Kasse gebeten. Arbeitszeiterhöhung, Verschlechterung der Pensionskassenleistungen, Entlassungen und jährlicher Reallohnverlust.

■ Die Bekämpfung von Menschenhandel wurde eingestellt. Die Polizei hat keine Ressourcen dafür.

Die Liste lässt sich beliebig verlängern, und zwar mit nicht minder unverständlichen Abbaumassnahmen. Ein Hauptproblem der Luzerner Steuerpolitik ist, dass der Schweizer Finanzausgleich parasitäres Verhalten bestraft. Das heisst, wer mit Tiefststeuern nur Steuersubstrat ansiedelt, ohne dass eine wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, der verliert mehr Geld im Finanzausgleich, als er via Steuern einnehmen kann. Die auch von einer Mehrheit der SP-Fraktion unterstützte SV17 würde parasitäres Verhalten hingegen belohnen. Das wäre fatal. Das Modell Luzern müsste von den anderen Kantonen kopiert werden. Es bleibt zu hoffen, dass die NationalrätInnen sich nochmals mit den Auswirkungen auf kantonaler Ebene beschäftigen.

Erfolgsrezepte für die Unterschriftensammlung

Nach einem zwar sehr erfolgreichen, aber auch anstrengenden Wahlkampf für die Gross- und Regierungsratswahlen blieb wenig Zeit zur Erholung. Die Mehrheit des Grossen Rates beschloss, die Sozialhilfe zu kürzen und gleichzeitig Steuergeschenke für Grosskonzerne zu verteilen. Nur der Griff zu den Volksrechten konnte das noch verhindern. Zusammen mit Verbündeten musste die SP Kanton Bern innerhalb von drei Monaten zwei Mal 12 000 Unterschriften sammeln – eine grosse Herausforderung, die uns von Befürwortern der beiden Vorlagen öffentlich nicht zugetraut wurde.

Wir haben es geschafft! Sowohl der Volksvorschlag wirksame Sozialhilfe wie auch das Referendum gegen das Steuergesetz wurden erfolgreich eingereicht, die Bevölkerung kann die schlechten Vorlagen noch stoppen. Das ist zu grossen Teilen unseren Sektionen zu verdanken, die am Feierabend und Wochenende in unzähligen Stunden Unterschriften sammelten. Auch wenn es letztlich Fleissarbeit bleibt, gibt es Tipps und Tricks, welche die Aufgabe vereinfachen. Wir stellen verschiedene Erfolgsideen vor.

Hannes Rettenmund, Kampagnenleiter SP Kanton Bern



SAMMELAKTIONEN FRÜHZEITIG PLANEN

Es lohnt sich, Aktionen rechtzeitig im Voraus festzulegen. So bleibt genügend Zeit, Sammlerinnen und Sammler anzufragen – und diese haben dann tendenziell eine weniger prall gefüllte Agenda.

SAMMELN VOR DEN ABSTIMMUNGSLOKALEN

Neben «normalen» Strassenaktionen bieten sich auch solche vor den Abstimmungslokalen an. Hier trifft man auf politisch interessierte Personen, die häufig gern unterschreiben. Das macht das frühe Aufstehen am Sonntagmorgen wett.

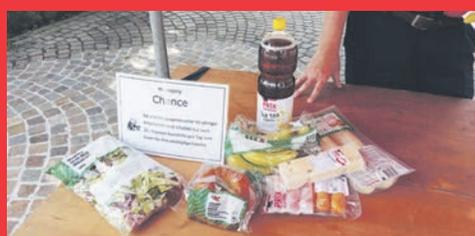
SP BÖDELI: SEKTIONS-ÜBERGREIFENDE SAMMELAKTIONEN

Die SP Bödeli ist ein Zusammenschluss der SP-Sektionen Interlaken, Unterseen, Matten, Bönigen, Wilderswil und Beatenberg. Die Sektionen auf dem Bödeli führen die Unterschriftensammlungen gemeinsam durch und bündeln so ihre Kräfte. Davon profitieren gerade auch die kleineren Sektionen, die über weniger geeignete Sammelorte verfügen.

SP BEMP: KANTON BERN IST KEIN MONOPOLY!

Bei unseren Standaktionen war uns wichtig, den PassantInnen augenfällig zu zeigen, um was es bei den Referenden geht. Wir haben deshalb bildlich dargestellt, dass mit der Kürzung der Sozialhilfe und der gleichzeitigen Senkung der Unternehmenssteuern der Kanton Bern zum Monopoly-Spiel zu verkommen droht: Den Armen nimmt man's, den Reichen gibt man's.

Pascal Linder, Sekretär



MITGLIEDER AKTIVIEREN

Unterschriftensammlungen sind eine gute Gelegenheit, sich als Vorstand mal wieder persönlich bei den Mitgliedern zu melden. Teilt man sich die Arbeit auf, sind die Mitglieder mit vernünftigem Zeitaufwand «abtelefoniert». Die Anfrage ist einfach: «Hast du schon von den Referenden gehört? Bist du bereit, in deinem Umfeld einen Bogen zu füllen?»

«Wir wollen MigrantInnen eine Stimme geben»

WARUM BRAUCHT ES DIE SP MIGRANTINNEN, WER SIND IHRE MITGLIEDER UND WAS WOLLEN SIE? DIE CO-PRÄSIDENTINNEN BELINDA NAZAN WALPOTH UND IVAN KOLAK GEBEN AUSKUNFT UND WERBEN FÜR MEHR POLITISCHE BILDUNG UND EINE AUSGEWOGENERE VERTRETUNG VON MIGRANTINNEN.



Belinda Nazan Walpoth,
Co-Präsidentin SP Mig-
rantInnen Kanton Bern



Ivan Kolak, Co-Präsident
SP MigrantInnen
Kanton Bern

Seit dem Februar dieses Jahres besteht die SP MigrantInnen als Organ der SP Kanton Bern. Fahren die MigrantInnen und Migranten in unserer Partei einen Sonderzug?

Nein, und wir sind auch keine «SP zweiter Klasse». Unsere Ausgangslage ist die deutliche Untervertretung der MigrantInnen in der Politik. 37 Prozent der in der Schweiz lebenden Bevölkerung hat einen sogenannten Migrationshintergrund, von diesen 2,6 Millionen Menschen hat rund eine Million den Schweizer Pass. Im National- und Ständerat hat jedoch nur rund jeder und jede Zwanzigste einen Migrationshintergrund. Die SP MigrantInnen Kanton Bern will sich dafür einsetzen, dass sich mehr MigrantInnen in den politischen Prozess einbringen und dass sie entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind. Wir wollen, dass alle in diesem Land lebenden Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben.

Mit der SP Frauen Kanton Bern besteht eine langjährige «Unterorganisation» der SP. Dient euch ihre Arbeit als Vorbild?

Ja, das Beispiel der SP Frauen motiviert, sich zu engagieren. Denn hier sehen wir, dass sich der Einsatz längerfristig auszahlt, wenn man einer unterrepräsentierten Gruppe eine Stimme gibt. Aus der Geschichte der Frauenbewegung nehmen wir ebenfalls mit, wie

wichtig Vorbilder und Leitfiguren sind. Das wollen wir aufnehmen und gerade jungen Menschen zeigen, dass Herkunft nicht über den Lebensweg entscheiden darf.

Ihr seid motiviert anzupacken. Wo besteht Handlungsbedarf?

Die politische Untervertretung haben wir schon angesprochen. Aber es wird heute auch viel zu wenig getan, alle Menschen in den politischen Prozess einzubeziehen. Politische Bildung wird vernachlässigt, in der Schule, aber auch für neu Eingebürgerte. Das muss sich ändern.

Welche Ziele verfolgt ihr, was für Aktivitäten sind geplant?

Wir wollen für Vernetzung sorgen, unter MigrantInnen und mit Schwesterparteien, die teilweise auch in der Schweiz gut organisiert sind. Weiter werden wir zu einer besseren Vertretung der MigrantInnen in den politischen Gremien beitragen, indem wir KandidatInnen stellen. Allgemein wollen wir MigrantInnen befähigen, beispielsweise mit Informationsveranstaltungen. Wir haben bereits solche durchgeführt, etwa zum automatisierten Informationsaustausch. Dieser bedeutet für in der Schweiz lebende Personen ohne Schweizer Pass, dass bereits ein undeckertes Konto im Ursprungsland zu einer Ausweisung führen kann. Oder anhand der Grossratswahlen haben wir darüber informiert, wie man die Wahlunterlagen ausfüllt – was erstaunlich viele Leute nicht wissen.

Welche Rolle soll die «normale» SP spielen?

Unsere Partei soll eine Willkommenskultur leben, die Zugezogene motiviert, sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Wir müssen

die Forderung nach ausgewogener Vertretung in den eigenen Reihen leben und selber für bessere politische Bildung sorgen, solange diese von offizieller Seite ungenügend bereitgestellt wird. In Zusammenarbeit mit uns SP MigrantInnen sollten wir potenzielle Stimmen besser mobilisieren, in Abstimmungs- und Wahlkampagnen. Das nicht einfach als StimmenfängerInnen in den jeweiligen MigrantInnen-Netzwerken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Botschaften der SP Menschen erreichen die heute ihre demokratischen Rechte noch nicht genügend nützen, und dass sie von ihnen verstanden werden.

Wer gilt als MigrantIn und kann Mitglied werden?

Alle Interessierten können bei der SP MigrantInnen mitmachen, auch Menschen ohne Migrationshintergrund, wobei diese bei uns natürlich die grosse Mehrheit bilden. Was viele nicht wissen: Eine Mitgliedschaft ist kostenlos. Die meisten gehören ja zusätzlich einer SP-Sektion an, wo sie – wie alle anderen auch – ihren Mitgliederbeitrag zahlen.

Die SP MigrantInnen Kanton Bern hat aktuell rund 140 Mitglieder, der nationalen Organisation gehören etwa 1000 Personen an. Viele sind Mitglied von und engagieren sich in der «normalen» SP, einige sind Mitglied in Schwesterparteien und deren Schweizer Sektionen. Infos zur SP MigrantInnen Kanton Bern sind auf ihrer Website und Facebook-Seite zu finden. Weitere Mitglieder sind herzlich willkommen, ebenso zusätzliche Vorstandsmitglieder mit den dafür nötigen Zeitressourcen. Siehe auch www.spmigrantinnen.ch



Kantonale Referenden erfolgreich eingereicht

SOWOHL DER VOLKSVORSCHLAG WIRKSAME SOZIALHILFE ALS AUCH DAS REFERENDUM GEGEN DAS STEUERGESETZ KONNTEN ERFOLGREICH EINGEREICHT WERDEN. VIELEN DANK ALLEN FÜR DEN GROSSEN EINSATZ, DER DIESEN MEILENSTEIN MÖGLICH GEMACHT HAT!



Ventilator, Klimagerät und Co.
«Hitzewelle, wir sorgen für Abkühlung»: keine Bierwerbung, sondern die eines grossen Elektronikhändlers. Im Angebot stehen Klimageräte, Kühlboxen, Gefrierschränke, Ventilatoren, Gartenpumpen und so weiter. Im Sommer 2018 interessieren Gebäudeisolieren, umweltfreundliches Heizen und Energieeffizienz wenige. Ob die Hitzewelle ein Klimaphänomen ist, wird diskutiert, aber im Kanton Bern, wo die Aare immer noch genügend Wasser führt, interessiert das «Böötle» mehr. Und die Energiepolitik? Die interessiert schon gar nicht! So gelang den Berner Wirtschaftsverbänden und dem Hauseigentümergebiet ein Referendum gegen die Teilrevision des

Energiegesetzes von 2011. Die Anpassung an die Mustervorschriften der Kantone würde einiges an klimafreundlichen Massnahmen bringen. Doch wozu? Wir haben ja Ventilator, Klimageräte und Co. Dem klimatischen Wandel begegnen wir mit Scheuklappen – und blenden aus, was das alles so mit sich bringt: AKW, die nicht mehr richtig kühlen können, Wasserkraftwerke ohne Wasser, verendete Fische, Gartenpumpen in ausgetrockneten Bächen, die Angst vor überfluteten Kellern und Murgängen. Doch obwohl wir den Sommer geniessen, macht uns das Klima Angst. Andere gehen das pragmatisch an. Die Zeitung Bild titelte: «Grüne Wiese statt Dürre, Holländer malt den Rasen mit umwelt-

Rote Feder

freundlicher Farbe an.» Also mache ich jetzt den Kühlschrank auf und stecke meinen Kopf in den...? Nein, Scheuklappe weg und Engagement für die Energiewende zeigen, denn dies ist die einzige Alternative zur Klimawende.

Jürg Joss, Gemeinderat
Bätterkinden, Energie-
politiker



Lust auf Linggi Schnure?

Das musikalische Politikabarett aus Bern besingt in seinem neuesten Programm LINGGI SCHNURE goes BUSINESS die Höhenflüge und Bruchlandungen der Business-Welt. Mit Liedern von Pop bis Biermann, gewürzt mit etwas Schlager, lässt es sich prima von Karriereleitern oder Expressliften, Respekt oder Schweinchen träumen und dabei kräftig und lustvoll sticheln.

Die Gruppe kann für Auftritte von 15 bis 60 Minuten für Sektionsanlässe oder 1. Mai-Feiern engagiert werden. Gage nach Vereinbarung.

Linggi Schnure ist offen für neue Mitglieder. Am 7. September, 18.30 Uhr, findet in Bern (Kapellenstrasse 1) ein Schnupperabend statt. Bist du interessiert politische und gesellschaftskritische Themen genüsslich auf die Bühne zu bringen? Es sind keine Vorkenntnisse nötig.

Mehr unter www.linggischnure.ch



AGENDA

Kantonale Parteitage

Mittwoch, 7. November 2018, 19 – 21.30 in Bern

Sessions Grosser Rat

Septembersession: 3. – 13. September 2018

Novembersession: 19. – 29. November 2018

alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

PAROLEN NÄCHSTE ABSTIMMUNGEN

Die SP Kanton Bern hat die Parolen für die Septemberabstimmungen nach Redaktionsschluss, am Parteitag vom 18. August, gefasst. Sie sind zu finden unter www.spbe.ch